

Ausführungen von Herrn Karl-Ludwig Kley,

Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI),

am 26. September 2014 auf der Mitgliederversammlung in Frankfurt

(Es gilt das gesprochene Wort)

Internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemie erhalten

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Deutschen fühlen sich so wohl wie lange nicht¹. Wir sind zwar nicht mehr Papst, aber dafür Fußballweltmeister und Nummer eins der FIFA-Weltrangliste. Die Bürger haben hohes Vertrauen in die Wirtschaftskraft des Landes. Gerade im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn geht es uns gut.

Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Steuereinnahmen sprudeln wie noch nie.

Vor diesem Hintergrund verteilt die Bundesregierung mit Mindestlohn, Mütterrente und vorgezogener Rente ab 63 gehäuft sozialpolitische Wohltaten an die Bürger. Wenig überraschend daher: 75 Prozent der Deutschen sind mit der Politik der Bundeskanzlerin zufrieden.²

Unter dieser Wohlfühldecke sammeln sich jedoch seit etlichen Jahren immer mehr Probleme für die Wirtschaft an. Das wird an unserer Branche beispielhaft deutlich.

Richtig ist zwar: Deutschland ist ein attraktiver Industrie- und Chemiestandort. Gerade die Chemie als drittgrößter Industriezweig mit 440.000 Beschäftigten und vielfacher Exportweltmeister leistet einen wesentlichen Beitrag zum Wohlstand

¹ Umfrage R+V-Versicherung Anfang September 2014

² Umfrage infratest dimap für ARD-Deutschlandtrend August 2014

unseres Landes. Und richtig ist weiterhin, dass wir als Chemiestandort in Europa eine führende Rolle einnehmen. Darauf können wir durchaus stolz sein.

Aber die ungeschminkte Faktenlage sagt uns auch: Der Chemiestandort Deutschland hat in den letzten beiden Jahrzehnten sukzessive Anteile am Weltchemiehandel und der Weltchemieproduktion verloren.

Zu Denken sollte uns vor allem geben: Der Abwärtstrend unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit hat sich nach einer Phase der Stabilisierung seit 2008 verstärkt.

Diese Entwicklung, meine Damen und Herren, ist keine bloße Vermutung. Diese Entwicklung wird durch eine neue Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes Oxford Economics mit Daten und Fakten belegt.

Die zentralen Ergebnisse möchte ich Ihnen heute vorstellen. Mit dieser Analyse, die der VCI in Auftrag gegeben hat, füllen wir übrigens auch eine Lücke: Bislang gab es keine wissenschaftlich vergleichenden Studien zur Wettbewerbsfähigkeit von Chemiestandorten.

Das ist ein wichtiger Fortschritt zur Versachlichung der Diskussion. Denn je nach Blickwinkel und Interessenslage wird der Begriff „Internationale Wettbewerbsfähigkeit“ sehr unterschiedlich interpretiert.

Oxford Economics hat die Anteilsveränderungen eines Chemiestandortes auf dem globalen Chemieexportmarkt als Indikator für die Veränderung der Wettbewerbsfähigkeit gewählt. Das macht Sinn: Denn Daten zum Export sind valide und weltweit verfügbar.

Speziell für unsere exportorientierte Branche ist dieser Indikator sinnvoll. Der Außenhandel ist ein Erfolgskriterium des Chemiestandortes Deutschland. 1995 betrug das Verhältnis von Inlands- zu Auslandsumsatz 60:40. Heute ist es genau umgekehrt. 60 Prozent des Umsatzes erzielen wir mit Kunden im Ausland.

Es ist also durchaus berechtigt und notwendig, unsere Wettbewerbsfähigkeit am Erfolg auf den Weltchemiemärkten zu messen. Daran messen wir uns ja schließlich auch selbst.

Die Analyse von Oxford Economics zeigt, dass die starke Stellung der deutschen Chemie in Europa sie nicht vor den Auswirkungen globaler Veränderungen bewahren kann. Wir konkurrieren eben nicht mehr vornehmlich mit Frankreich oder

den Niederlanden. Auf China und die USA müssen wir unser Augenmerk heute vor allem richten.

Die Schwellenländer insgesamt haben in den letzten beiden Jahrzehnten kontinuierlich Anteile an der Weltchemieproduktion gewonnen. Insbesondere China hat alle Prognosen übertroffen: Die Volksrepublik ist seit 2009 der größte Chemieproduzent der Welt und repräsentiert heute allein ein Drittel des Weltumsatzes. Tendenz steigend.

Durch ihr dynamisches Wachstum der Produktionskapazitäten haben die Schwellenländer seit 1995 auch Welthandelsanteile auf dem Exportmarkt gewonnen. China hat seinen Anteil von 1995 bis 2012 von 3 auf 12 Prozent vervierfacht. Aber auch unsere Konkurrenz zum Beispiel aus Saudi-Arabien oder Indien hat Boden gut gemacht.

Die globale Wettbewerbssituation für die deutsche Chemie hat sich so in den letzten Jahren deutlich verschärft. Länder mit einst niedrigerem Entwicklungsniveau begegnen uns technologisch mittlerweile auf Augenhöhe. Gleichzeitig können sie die Vorteile der relativ niedrigen Produktionskosten nutzen.

Als Folge haben alle klassischen Industrieländer wie die USA, Japan oder Frankreich in den letzten 20 Jahren Anteile an den Weltchemieexporten eingebüßt.

Diese Entwicklung ist natürlich auch am Chemiestandort Deutschland nicht spurlos vorüber gegangen. Deutschland hat von 1995 bis 2013 Anteile an den Weltchemieexporten verloren. Der Anteil sank von 15 auf 11 Prozent.

Das war im letzten Jahrzehnt noch kein wirklicher Anlass zur Sorge: Bis zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 konnte der Chemiestandort Deutschland vom dynamischen Aufholprozess der Schwellenländer profitieren. Das spiegelt sich im wachsenden Außenhandelsüberschuss wider, der zuletzt fast 40 Mrd. Euro betrug.

Bis 2008 blieb der deutsche Anteil an den weltweiten Chemieexporten dadurch relativ stabil. Das Blatt wendete sich aber nach der Weltwirtschaftskrise. Seitdem verliert der Chemiestandort Deutschland verstärkt Wettbewerbsfähigkeit. Und der Trend zeigt nach unten. Das weist die Analyse von Oxford Economics deutlich auf. Unsere Anteilsverluste lassen sich nicht mehr allein mit dem Aufholprozess der Schwellenländer erklären.

Die Defizite werden jetzt sichtbar, weil das Wirtschaftswachstum der EU nach wie vor sehr niedrig ausfällt. Hinzu kommt: Das globale Wachstum hat sich deutlich verlangsamt. Höhere Produktionskosten spielen bei verschärftem Wettbewerb in Zeiten schwacher Nachfragedynamik eine deutlich stärkere Rolle.

Und wir in den Chemieunternehmen merken es auch: Die Exporte wachsen in den letzten Jahren nur noch leicht, Produktion und Investitionen stagnieren sogar. Es gilt jetzt, das Ruder herumzureißen, sonst läuft die drittgrößte Branche in Deutschland Gefahr, ihre lebensnotwendige Exportstärke zu verlieren.

Das globale Chemiewachstum ist zwar immer noch deutlich höher als in Europa. Wenn unsere Wettbewerbsfähigkeit aber weiter sinkt, drohen wir von der Weltkonjunktur abgekoppelt zu werden.

Industrie und Politik müssen sich den neuen Herausforderungen des globalen Wettbewerbs stellen. In den Unternehmen haben wir damit längst begonnen.

Gemeinsam mit unseren Kunden

- erhöhen wir unsere Forschungsanstrengungen,
- fokussieren uns auf werthaltige Spezialchemikalien,
- steigern die Produktivität,
- diversifizieren die Rohstoffbasis
- und nutzen weiterhin die immer noch vorhandenen Chancen der Globalisierung.

In der Politik dagegen ist die Erkenntnis, dass wir dringend etwas für die Wettbewerbsfähigkeit tun müssen – wenn überhaupt – erst in Ansätzen erkennbar.

Im Kern lässt sich die Frage, worauf es bei der internationalen Wettbewerbsfähigkeit einer Branche ankommt, letztlich auf zwei Kriterien reduzieren:

Ein Chemiestandort ist dann wettbewerbsfähig, wenn er im Vergleich zu anderen Standorten Produkte mit besserer Qualität, sprich höherer Innovationsleistung herstellt oder – besser noch und – niedrigere Produktionskosten aufweist.

Entsprechend gewinnt, hält oder verliert dieser Standort Anteile am globalen Exportmarkt.

Ich möchte noch einmal betonen: Der Standort Deutschland hat sich seit der industriellen Revolution als Plattform für die Chemie bestens bewährt. Wir haben keine Angst vor Wettbewerb. Die 2.000 deutschen Chemieunternehmen behaupten sich seit Jahrzehnten erfolgreich am Markt, weil sie sich auch mit strukturellen

Veränderungen anpassen. Wir werden auch die Herausforderung durch die neue globale Konkurrenzsituation annehmen. Wir können uns schon selbst wehren, wenn denn die Rahmenbedingungen stimmen.

Das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam mit Politik und Gesellschaft anpacken müssen. Sie geht uns alle an. Mehr Wettbewerbsfähigkeit bedeutet schließlich mehr Arbeitsplätze, mehr Einkommen, mehr Wachstum.

Was sind die Stellschrauben, an denen gedreht werden muss, um die Wettbewerbsfähigkeit wieder zu steigern? Oxford Economics gibt mit der Analyse der wesentlichen Einflussfaktoren darauf eine Antwort:

Das Institut hat Wechselwirkungen bei Energiepreisen, der Forschungsintensität, Investitionen, Lohnstückkosten, Wechselkursen, Steuern und Regulierungskosten sowie der Qualität der Verkehrsinfrastruktur festgestellt.

Der stärkste Einfluss wurde dabei bei den Faktoren Energiekosten und Forschungsintensität gefunden.

Deutschland hat als Chemiestandort massiv Wettbewerbsfähigkeit verloren, weil die Energiekosten hier signifikant höher waren und sind als anderswo. Bei der Forschungsintensität konnte die deutsche Chemie ihren Vorsprung weitgehend halten, was die Wettbewerbsfähigkeit stabilisiert hat. Ohne die Forschungsleistungen hätte die Branche die Energiekostennachteile nicht kompensieren können.

Die Schlussfolgerungen sind einfach: die Energiekosten in Deutschland müssen sinken. Und die Innovationskraft ist zu stärken.

Unsere im internationalen Vergleich hohen Energiekosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit des Chemiestandes Deutschland. Das sage ich im Lichte der Erkenntnisse von Oxford Economics vor allem denjenigen, die in der politischen Diskussion immer wieder behaupten, hohe Energiepreise würden zu mehr Innovationen führen und seien daher am Ende sogar gut für den Standort Deutschland. Stark steigende Energiepreise ohne Verlust an Wettbewerbsfähigkeit sind ein Mythos, von dem wir uns verabschieden müssen. Ein Blick über den Atlantik zeigt, wie man im Gegenzug mit günstigen Energiepreisen Wettbewerbsfähigkeit gewinnt.

Bei der Energieeffizienz hat die deutsche Chemie längst ihre Hausaufgaben gemacht. Obwohl wir unsere Produktion seit 1990 um fast 60 Prozent gesteigert haben, ist der absolute Energieverbrauch um 16 Prozent gesunken. Für das gleiche Produkt brauchen wir heute nur noch halb so viel Energie wie vor über

20 Jahren. Dass die Kosten trotzdem steigen, ist die Folge deutscher und europäischer Energiepolitik.

Die Oxford-Studie belegt, dass sich der energiepreisbedingte Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in den letzten Jahren deutlich beschleunigt hat. Das hat zwei Ursachen:

Zum einen haben wir in Deutschland in Reaktion auf die Katastrophe von Fukushima die Energiewende beschleunigt und Energie deutlich verteuert. Gleichzeitig hat der Schiefergas-Boom für sinkende Energie- und Rohstoffkosten in den USA gesorgt. Beides hat die Spielregeln für unsere Branche im globalen Wettbewerb grundlegend verändert.

Die Energiewende in Deutschland muss daher dringend umgestaltet werden. Der Anstieg der Strompreise muss für Industrie und Verbraucher gestoppt und eine Trendwende eingeleitet werden. Die jüngste Reform des EEG bringt keine wirksame Kostenbremse. Die Chemie zahlt 2014 trotz Entlastungen rund 1 Milliarde Euro an EEG-Umlage. Und die Kostenspirale droht sich trotz der Novelle weiterzudrehen. Das Fass EEG braucht wieder einen Boden, der mit der nächsten Reformrunde 2016 endlich eingezogen werden muss.

Die erneuerbaren Energien müssen dazu vollständig in den Markt integriert werden. Jetzt, nicht erst nach 2020.

Vor allem aber muss die ständige Unsicherheit ein Ende haben. Wie sollen Unternehmen erfolgreich arbeiten, wenn sie nie wissen, woran sie eigentlich sind?

Die Entlastungsregelungen von der EEG-Umlage sind zwar vorläufig gesichert. Ihr Umfang steht aber wohl wieder bei der nächsten Reformrunde zur Disposition. Noch grotesker ist die Situation bei der industriellen Eigenstromerzeugung. Hier wird der Bestandsschutz ab 2017 möglicherweise ganz in Frage gestellt.

Für Investitionen in einen Standort ist Planungssicherheit existenziell notwendig. Die Energiepolitik in Deutschland ist ein denkbar schlechtes Beispiel, um weitere Investitionen zu ermutigen.

Außerdem brauchen wir eine Lösung für die Versorgungssicherheit, wenn Wind und Sonne nicht für die Stromproduktion genutzt werden können. Für das Bereithalten konventioneller Kraftwerke, die dafür einspringen, wollen die Versorger Geld sehen. Sie nennen das „Kapazitätsmärkte“. Warum, ist mir schleierhaft, weil das mit Markt rein gar nichts zu tun hat. Das Konstrukt würde die Verbraucher

weitere Milliarden Euro kosten. Bitte, liebe Politiker, wiederholt nicht den Kardinalfehler des EEG an anderer Stelle.

Im Bereich Energie brauchen wir mehr Europa. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Energiestrategie und einen gemeinsamen europäischen Binnenmarkt für Strom. Inselösungen – und da ist auch Deutschland mal eine Insel – führen nicht dazu, das Problem zu lösen.

Ein weiteres Sorgenkind in diesem Zusammenhang ist der Klimaschutz. Mit dem geplanten Minderungsziel für Treibhausgase von minus 40 Prozent gegenüber 1990 koppelt sich die EU von allen anderen Industrieregionen ab.

Und dann arbeitet die Bundesregierung auch noch an einem eigenen Klimaschutzplan. Allein werden wir das Klima aber weder in Deutschland noch in der EU retten. Wir brauchen globale Lösungen. Wenigstens aber europäische. Es nutzt nichts, Kübelpflanzen aufzustellen, wenn rundherum der Wald abgeholzt wird.

Beim Emissionshandel droht uns ebenfalls Ungemach. Momentan sind die Zertifikatspreise zum Glück niedrig. Doch auch hier drohen unter anderem mit der Marktstabilitätsreserve politische Eingriffe, die etwa über höhere Strompreise Milliardenkosten für die Industrie bedeuten würden.

All diese Eingriffe in die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie können wir uns nicht mehr leisten. Das zeigt die Studie von Oxford Economics mit aller Deutlichkeit.

Im Gegenteil: Deutschland muss seine starke Stellung in der EU nutzen und sich für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der gesamten europäischen Industrie einsetzen. Ein starkes Europa ist keine Konkurrenz für Deutschland, sondern eine Potenzierung unserer Möglichkeiten. Wir sollten die Möglichkeiten des Binnenmarktes nutzen und durch starke europäische Innovationsnetzwerke unsere Position gegenüber unseren Wettbewerbern, vor allem China und den USA, stärken.

Dazu müssen wir vor allem besser sein als andere. Denn die Zukunft unseres Landes und unserer Industrie kann nur in Innovationen liegen. Das sieht auch Oxford Economics in der Studie so: Erhöht ein Chemiestandort seine Forschungsanstrengungen, gewinnt er langfristig an Wettbewerbsfähigkeit.

Grundsätzlich sind dabei die Voraussetzungen für unsere Branche gut. Bei allen globalen Megatrends spielt die Chemie eine Schlüsselrolle. Durch innovative Produkte lassen sich auch auf gesättigten Märkten noch gute Geschäfte machen.

Das wissen wir natürlich. Daher hat die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland auch in Sachen Forschungsintensität bereits vorgelegt. Ihre Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sind seit 2009 um gut 2,5 Milliarden Euro auf jetzt 10,5 Milliarden Euro gestiegen. Aber wir könnten noch mehr Rückenwind gebrauchen.

Ein innovationsfreundliches Umfeld ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir brauchen ein neues (altes) Bewusstsein für den Umgang mit Innovationen und deren Bedeutung für den Wohlstand und das Wohlergehen unseres Landes. Wir müssen im Zusammenhang mit Innovationen eine neue Balance finden.

Innovationsfähigkeit ist eine Schicksalsfrage für das Industrieland Deutschland. Bundesforschungsministerin Wanka hat es vor kurzem auf den Punkt gebracht: Deutschland muss Innovations-Weltmeister werden. Diesem Ziel stimmen wir in der Chemie zu. Es ist der richtige Anspruch.

Neue Erkenntnisse aus der Forschung müssen dafür aber auch in innovative Produkte umgesetzt werden können. Dazu brauchen wir Rahmenbedingungen, die die Erforschung und Anwendung neuer Technologien gewährleisten. Bevor pauschale Verbote ausgesprochen werden, sollten Chancen und Risiken in Pilotprojekten überprüft werden. Das gilt exemplarisch für das Thema Fracking, um heimisches Schiefergas zu fördern.

Wir brauchen bahnbrechende Innovationen und technologische Sprünge, um die wichtigsten globalen Zukunftsherausforderungen zu lösen. Die Chemieindustrie kann und will dazu beitragen. Wir wollen dies auch am Standort Deutschland tun. Aber man muss uns auch lassen.

Dabei haben wir als Industrie sicher auch eine Bringschuld. Wir müssen den Menschen besser erklären, welche Vorteile und Chancen sie persönlich von neuen Technologien haben und was die Gesellschaft davon hat.

Auch die Politik kann ihren Teil zur Technologieoffenheit beitragen. Sie muss an dem Grundsatz festhalten, dass Technologien und Produkte, deren Anwendung nach einer wissenschaftlichen Risikobewertung als sicher für Mensch und Umwelt anzusehen sind, auch zum Einsatz kommen dürfen. Auch das gehört zur Planungssicherheit an einem Wirtschaftsstandort.

Die richtigen politischen Entscheidungen können zu einer erfolgreichen Forschungslandschaft beitragen. Deshalb begrüßen wir, dass die Bundesregierung ihre neue Hightech-Strategie auf hohem finanziellem Niveau und mit breit angelegten Förderprogrammen fortführt. Dazu gehören etwa Energiespeicherung,

Ressourceneffizienz, innovative Arzneimittel, Nano- und Biotechnologie und Nutzung nachwachsender Rohstoffe.

Die Wettbewerbsfähigkeit eines Chemiestandortes zeigt sich aber nicht nur auf dem globalen Exportmarkt. Sie zeigt sich auch bei Investitionen. In den letzten Jahren wurden weltweit neue Produktionskapazitäten aufgebaut. Der Großteil davon in China und den USA.

In China wuchsen die Investitionen in Chemieanlagen seit 2008 um durchschnittlich 16 Prozent pro Jahr. Die US-Chemie investierte in diesem Zeitraum durchschnittlich 14,5 Prozent pro Jahr mehr. In Europa hingegen sind die Investitionen um mehr als 2 Prozent pro Jahr gesunken. Ein deutliches Alarmsignal, denn Investitionen sind Entscheidungen, die über Jahrzehnte an einen Standort binden.

Auch staatliche Investitionen in eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur wirken sich positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit eines Chemiestandortes aus. Das haben die Studienergebnisse von Oxford Economics noch einmal unterstrichen. Damit unsere zentrale Lage in Europa als Sprungbrett in die ganze Welt ein wichtiger Standortvorteil bleiben kann, ist eine leistungsfähige und intakte Verkehrsinfrastruktur für Deutschland unabdingbar. Ihr schleichender Verfall muss gestoppt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

was wir im täglichen Geschäft seit Jahren miterleben, hat Oxford Economics nun auch wissenschaftlich belegt: Globale Konkurrenz und sinkende Wettbewerbsfähigkeit setzen dem Chemiestandort Deutschland zu. Dass hier kaum noch über die Abschreibungen hinaus investiert wird, muss ein Alarmsignal sein. Besonders, wenn gleichzeitig in anderen Teilen der Welt massiv investiert wird.

Wir stehen als Chemieindustrie im Zentrum des deutschen Industriennetzwerkes. Dieses ist ein zentraler Erfolgsfaktor des Industrielandes Deutschland. Wird nicht neu investiert oder wandern nennenswerte Teile der Chemieindustrie aus Deutschland ab – etwa die Produktion von Basischemikalien –, besteht die Gefahr, dass Wertschöpfungsketten reißen. Damit wäre auch das deutsche Industriennetzwerk als Motor für den Wohlstand unseres Landes gefährdet.

In der anhaltenden Freude über den Sieg im Finale in Rio laufen wir Gefahr, dass es uns geht, wie einst der deutschen Nationalmannschaft nach dem WM-Titel

1990. Damals wählte Franz Beckenbauer unsere Mannschaft auf Jahrzehnte hinaus für unbesiegbar. Die Realität sah ganz anders aus. Die deutsche Elf war bei den folgenden Weltmeisterschaften wenig erfolgreich.

So weit darf es für unsere Branche und für die gesamte Industrie nicht kommen. Eins ist klar: Der wirtschaftliche Erfolg der vergangenen Jahre war kein Selbstläufer. Dieser Erfolg ist in der momentanen Situation sogar eher ein Problem. Er trübt den Blick auf die heraufziehenden Gefahren für unsere Branche. Nicht bei uns in den Unternehmen, aber in der öffentlichen Wahrnehmung.

Die Politik muss sich der Aufgabe „Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland stärken“ wieder zuwenden. Sie muss realisieren, dass wir uns in einer sehr riskanten Situation befinden – und darauf reagieren. Nur so kann der dauerhafte Erfolg der deutschen Chemie und der Wirtschaft insgesamt im globalen Wettbewerb gesichert werden.

Das ist kein Selbstzweck: Daran hängen Arbeitsplätze und Wohlstand. Daher geht es uns alle an. Diese große Aufgabe der nächsten Jahre wollen wir als Chemieindustrie gemeinsam mit der Politik schaffen. Wir leben und arbeiten schließlich alle gern in diesem wundervollen Land. Wir sind bereit für den Dialog über einen gemeinsamen Rahmen zur Weiterentwicklung der Wettbewerbsfähigkeit.

Kontakt: VCI-Pressestelle Telefon: 069 2556-1496 E-Mail: presse@vci.de

Hinweis: Nachrichten des VCI auch auf Twitter: <http://twitter.com/chemieverband>

